

Liebe Genossinnen und Genossen



der erste Monat des neuen Jahres ist zwar nun fast schon wieder vorbei, aber es liegen ja noch elf weitere vor uns. Für die möchten wir Euch mit diesem ersten Mitgliederbrief in 2024 noch viel Gesundheit, Glück und Erfolg wünschen. Machen wir uns nichts vor: Es wird kein ruhigeres Jahr werden.

Es sieht nach einem wichtigen Jahr aus und unser Parteichef Lars Klingbeil wurde in einem Interview sogar sehr deutlich: „Glauben Sie mir, das wird ein Jahr des Kampfes. Wir werden kämpfen für die arbeitende Mitte. Wir werden kämpfen gegen den Versuch von Rechtsextremen und der AfD, dieses Land kaputtzumachen. Dieses Jahr kann unser Land sehr grundlegend verändern.“

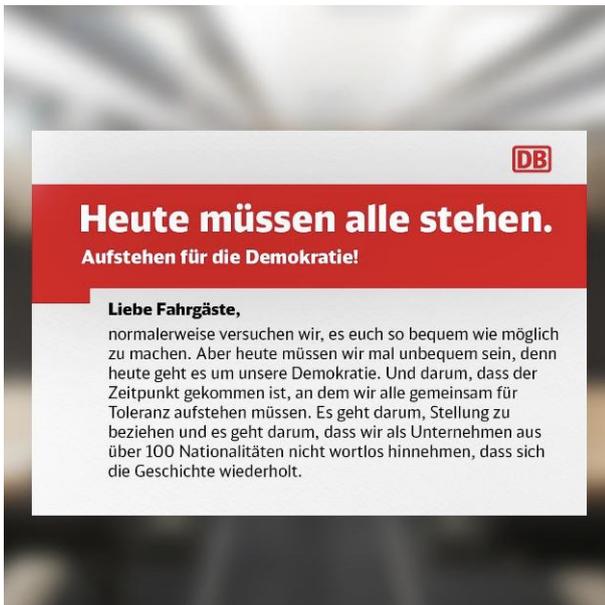
Es scheint so, als habe das Land diesen Kampf angenommen. Alleine am Wochenende gab es überall in Deutschland sehr gut besuchte Demonstrationen, dazu Aufrufe von Kirchen und vielen Firmen, die sich aus gutem Grund Sorgen um Deutschland als Einwanderungsland machen.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Zehntausende in Freiburg unterwegs	2
Windkraft im Hexental	5
Nicht nur im Hexental	6
Neues zur AfA Breisgau-Hochschwarzwald	6
Zur Lage der Ampel und der Partei	7
Kleine Schritte und Kompromisse	11
Wo ist das Bollwerk?	11
Endlich modernes Einbürgerungsrecht	13
SPD BW: Jahresauftakt in Bad Boll	14
Bündnis für Demokratie und Menschenrechte	16
Medien-Ecke: Narrative und Framing	17
Termine	19
Impressum	21
Ein Blick ins Web	21

Um da auch mal was positives von der Deutschen Bahn zu bringen, soll deren Statement hier als Beispiel dienen:



Wir wollen im neuen Jahr unseren Teil zu einer starken Demokratie beitragen.

„All politics is local“ – „alle Politik ist lokal“.

Das ist das Motto und das meint natürlich die Kommunalwahlen am 9. Juni. Lasst uns zusammen für viele Sitze in den Gemeinderäten und im Kreistag kämpfen.

Viele sind im Endspurt in Sachen Listenaufstellung, manche haben bereits nominiert. Es geht also voran. Wir drücken allen Kandidatinnen und Kandidaten die Daumen.

Birte Könnecke.

Zehntausende in Freiburg unterwegs

von Oswald Prucker mit Bildern von Birte Könnecke, Matthias Schmidt, Oswald Prucker und anderen

Am Mittwoch bei den Jusos und den anderen Jugendvereinigungen, am Samstag bei den Omas gegen Rechts und dann am Sonntag bei #Demokratievereint: In dieser Woche waren deutlich über 40.000 Menschen in Freiburg unterwegs, um für unsere Demokratie und Freiheit zu kämpfen. Ein starkes Zeichen, das nun aber kein Strohfeder bleiben darf.

Unser dicker Dank geht an Dejan Mihajlovic, der die Demo angemeldet und organisiert hat.

Genug der Worte, wir lassen Bilder sprechen, denn die sprechen für sich ...

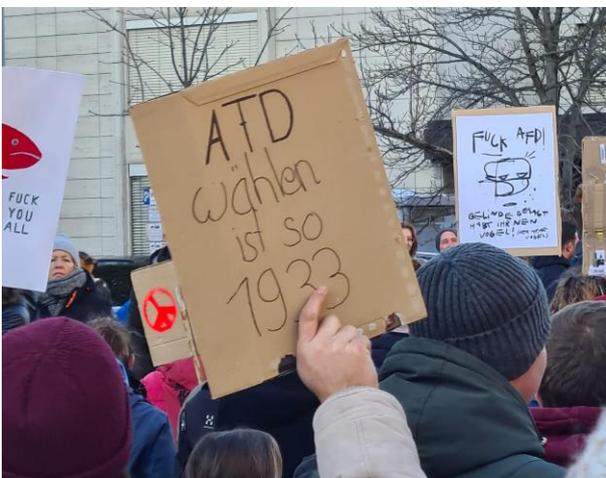




Ebenso am Sonntag dabei: Unsere Freiburger Europakandidatin Vivien Costanzo.



Und ein paar von den Freiburger Genossinnen und Genossen haben wir auch getroffen ...



Windkraft im Hexental

Ein Positionspapier der SPD Hexental

Von Darius Reutter

Die SPD Hexental spricht sich für die Standorte „Illenberg“ und „Forlenberg/Kohlernkopf“ aus. Nur mit einer von autokratischen Staaten unabhängigen Energieversorgung, intakten Umwelt, sauberem Wasser, Boden und Luft haben wir auch im Hexental eine Zukunft. Deshalb sollten wir alle Technologien vorantreiben, die uns helfen, dieses Ziel zu erreichen und unsere Ressourcen zu schonen.



Die Standorte „Illenberg“ und „Forlenberg/Kohlernkopf“ bieten sich aufgrund ihrer hohen Windleistungsdichte als ideal für Windkraftanlagen an. Die Anlagen stehen in einer Entfernung von Wohngebäuden, die für den Schutz der Menschen von Lärm und Schattenwurf ausreichend ist. Der Revierförster gibt an, dass für die Windkraftanlagen höchstens 2 Hektar Wald gerodet werden müssen. Diese Fläche bin-

det im Vergleich deutlich weniger CO₂: Ein Windrad kann 344-mal mehr CO₂ einsparen, als durch die Rodung dieser Fläche an CO₂ gebunden wird. Dieser Vergleich basiert auf dem durchschnittlichen CO₂-Ausstoß, der für die Erzeugung einer Kilowattstunde Strom anfällt.



Nicht nachvollziehbar ist die Argumentation des Gesundheitsresorts Schwarzwald auf der Luisenhöhe, wonach die Veränderung des Landschaftsbildes standortgefährdend werden könne. Es erstaunt umso mehr, dass die Unterkunft auf einer Buchungswebsite „Level 3 bei Travel Sustainable“ haben soll, indem sie 28 von insgesamt 29 Schritten Richtung Nachhaltigkeit unternehmen habe, um den Aufenthalt nachhaltiger zu gestalten. Wünschenswert wäre mit Schritt 29 „Befürwortung von Windkraft am Illenberg“ „Level 4“ zu erreichen. Es lohnt ein Blick zurück: Bei Errichtung der Windräder auf dem Rosskopf und Schauinsland gab es ähnliche Befürchtungen. Tat-

sächlich hat sich die Anzahl der Touristen in Freiburg seitdem fast verdoppelt. Die Behauptung der Geschäftsführung, die Luisenhöhe wäre „nie gebaut worden“, wenn 2018 Windkraftanlagen auf dem Illenberg gestanden hätten, entbehrt jeglicher Grundlage. Wie die weit überwiegende Mehrheit des Gemeinderates Au in seinem Brief vom Dezember 2023 an den Gemeinderat Horben und die Horbener Bürgerinnen und Bürger zutreffend feststellt, ist dem Thema in der Begründung der Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der Gemeinde Horben (Gesundheitsresort Schwarzwald Luisenhöhe) im Jahr 2018 ein ganzes Kapitel „EIGNUNGSFLÄCHE WINDKRAFT – STANDORT „ILLENBERG“ gewidmet.

Weiter überzeugen die Argumente der Bürgerinitiative Au „Gegen Windkraftanlagen auf dem Illenberg“ nicht. Die von der Bürgerinitiative als „Umweltsünden“ und „Verschandelung der Landschaft“ bezeichneten Windräder in der Rheinebene anzusiedeln ergibt aufgrund der geringen Windleistungsdichte (leider) keinen Sinn. Dies zeigt schon ein kurzer Blick in den Windatlas.

Aus Sicht der SPD Hexental ist es ein Kernstück der Energiewende, den Ausbau der Windenergie weiter zügig voranzubringen. Die Chance, hier vor Ort unseren Beitrag zur Energiewende und damit zur Sicherheit des Hexentals zu leisten, muss wahrgenommen werden.



NICHT NUR IM HEXENTAL

... auch im Schwarzwald geht es voran. Und zwar pragmatisch. Harry Hohlfeld meint: „Wir brauchen Strom. Windräder werden über kurz oder lang kommen. Wir sollten dafür sorgen, dass nicht nur der Strom, sondern vor allen Dingen auch das Geld in unsere Gemeinde fließt.“

EINLADUNG
Infoveranstaltung
Windpark
Lenzkirch/
Olpenhütte

25. Januar, 18.30 Uhr
Haus des Gastes
LENZKIRCH

**INFORMIERE
DICH UND
REDE MIT!**

Der Gemeinderat ist sich einig!
Wir brauchen Strom. Windräder werden über kurz oder lang kommen. Wir sollten dafür sorgen, dass nicht nur der Strom, sondern vor allen Dingen auch das Geld in unsere Gemeinde fließt!
Harry Hohlfeld, SPD Gemeinderat Lenzkirch

www.spd-hochschwarzwald.de **SPD** Soziale Politik für Dich.



Neues zur AfA Breisgau-Hochschwarzwald

Von Hartmut Hitschler

Am 16. Januar hatte ich als stellvertretender Vorsitzender der AfA Breisgau-Hochschwarzwald zu einer Sitzung eingeladen. Grund war, dass der bisherige Vorsitzende Alexander Lüth, nicht mehr zur Verfügung stand und es drohte der Untergang der AfA im Breisgau-Hochschwarzwald. Daher hatte ich die Einladung auch an alle Ortsvereine durch das Regionalzentrum verschicken

lassen. So konnte ich am 16. Januar 6 neue Genossen begrüßen, 2 weitere hatten aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen können. Hartmut am 16. Januar Hartmut am 16. Januar



Birte Könnecke, unsere Kreisvorsitzende, war auch gekommen und übernahm die Wahlleitung. Zum neuen Vorsitzenden wurde schließlich ich gewählt und zu meinen Stellvertretern wurde Harry Hohlfeld für den Hochschwarzwald und Henry Kesper für den Breisgau gewählt.



Außerdem wurden noch die drei Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz am 24. Februar in Stuttgart gewählt, sowie Ersatzdelegierte. Im Anschluss wurden die ersten Themen gefunden, mit denen wir uns bei der nächsten Sitzung am 18. Juni befassen möchten. Ich freue mich, dass die AfA in unserem Kreis weiterhin besteht, denn sie ist die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD und das Scharnier zwischen Betrieben, Gewerkschaften und der Partei. Sie setzt sich für gute Arbeitsbedingungen in jeder Branche ein und macht Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort bis hin zum Bundestag.



Zur Lage der Ampel und der Partei

von Takis Mehmet Ali

Liebe Genossinnen und Genossen, der Grundfreibetrag für das Einkommen steigt 2024, der Kinderfreibetrag für Familien ebenfalls, die Mindestvergütung für Auszubildende auch, der Mindestlohn ebenso, das Bürgergeld genauso und gleichermaßen das Pflegegeld und die Pflegekostenzuschüsse!

Dies ist für die Zukunft definitiv ein Schritt in die richtige Richtung. Ich stimme aber auch in Teilen denen zu, die aktuell mit der SPD sehr hadern. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen dürfen in Relati-

on nicht am stärksten belastet werden und es gibt hier ohne Zweifel Nachbesserungsbedarf, denn diese Menschen sind es, für die wir uns als Sozialdemokratische Partei einsetzen.



Bild: Photothek

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in einer Zeit leben, in der der Haushalt genutzt werden muss, um einen völkerrechtswidrigen Angriff auf ein Land in Europa und die damit verbundene Energiekrise abzuwehren; in der wir mit dem Klimawandel und seinen sehr, sehr teuren Folgen kämpfen müssen. Vergessen darf man auch nicht: Wir kommen gerade erst aus Krisenjahren, in denen Kurzarbeitergeld und Corona-Hilfen in dreistelliger Milliardenhöhe gezahlt wurden, mit denen der Arbeitsmarkt gestützt werden musste. Unsere Partei regiert in einer schweren Zeit.

Auch ich habe mir eine größere Reform der Schuldenbremse und eine Steuerreform gewünscht, die - das sei zugegeben - auch nicht sofort alle finanziellen Probleme ge-

löst hätte. Bei allen Problemen und aller Unzufriedenheit dürfen wir aber auch nicht vergessen, was wir erreicht haben: Die Förderung für Chipfabriken in Magdeburg und Dresden, die uns die Teilhabe an der Wertschöpfungskette einer für die Zukunft äußerst relevanten Industrie ermöglicht. Außerdem haben wir seit Mitte 2023 die Rentenangleichung von Ost und West ein Jahr früher als geplant erreicht. Mit dem 49-Euro-Ticket haben wir dafür gesorgt, dass Mobilität bezahlbar ist und der Klimawandel bekämpft wird. Des Weiteren werden wir klimaschädliche Subventionen abbauen, das Ahrtal weiter unterstützen und einen Kahlschlag des Sozialstaates verhindern.

Wir sind zwar die Kanzlerpartei, aber wir regieren nicht allein, sondern in einer Dreierkoalition, die wir sozialdemokratisch prägen können. Hier müssen wir mehr Profil gewinnen. Das heißt vor allem: Wie dürfen keine Diskussion über die Unterstützung der Schwächsten unserer Gesellschaft zulassen.

Insbesondere müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie wir unsere Wähler:innen wieder mit sozialdemokratischen Inhalten zurückgewinnen und wie wir einen parteiübergreifenden Umgang mit der AfD finden.

Es gibt noch viel zu tun, aber wir haben bisher unter den widrigsten Umständen auch einiges erreicht. In diesem Kontext fällt mir ein weiteres Zitat von Benjamin Franklin ein:

„Was hilft es, bessere Zeiten zu wünschen und zu hoffen? Ändert euch nur selbst, so ändern sich auch die Zeiten. Ohne Mühe geht nichts.“ Mit dieser Mühe gehen wir trotz Gegenwind die zweite Hälfte der Legislaturperiode an!

Die Umfrageergebnisse der letzten Zeit müssen uns jedoch zu denken geben. Eine sozialdemokratische Partei darf nicht nur 15,6 Prozent der Bevölkerung das Gefühl geben, für sie Politik zu machen.

Wir müssen die SPD mit unserem Handeln als sozialdemokratische Partei erkennbar werden lassen und unsere sozialdemokratischen Gedanken wirksam kommunizieren - dass Reformen nicht fortlaufend zu Reformchen runter gehandelt werden, ist dabei sicher ein Aspekt, an dem zu arbeiten ist. Wir haben den „demokratischen Sozialismus“ des Hamburger Programms zu oft aus den Augen verloren.

Ich denke: Es muss klar sein, dass wir als SPD für einen gesetzlichen Mindestlohn stehen, der immer an die Preise angepasst werden muss, sodass jegliche Arbeit wertgeschätzt wird und sich lohnt. Aber auf dem Rücken von Bürgergeldempfänger:innen sollten wir keine Diskussion über den Haushalt führen, da der Prozentsatz der Totalverweigerer:innen verschwindend gering ist und die restlichen Bürgergeldempfänger:innen, die durch ihre Arbeit zu wenig Geld zum Leben haben, ein Anrecht auf finanzielle Unterstützung haben. Eine soziale Marktwirtschaft und ein Sozialstaat dür-

fen diese Menschen nicht allein lassen, sondern müssen sie unterstützen. Und ja: Es müsste eine gerechte Steuerung von großem Vermögen und Erbschaften stattfinden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Mittelschicht im Verhältnis zu ihrem Einkommen den größten Teil der Steuerlast trägt, während es für einige wenige sogar möglich ist, mittels Tricks ihre Steuerlast deutlich senken. Ihr wisst, es ist enorm schwer, in dieser Koalition etwas zu diesem riesigen Problem zu erreichen.



Was in den letzten Wochen noch einmal sehr dringlich gezeigt wurde: Das Thema Asyl wird konstant dazu missbraucht, Stimmung gegen Zuwanderung zu machen und Ängste zu schüren, die das Denken scheinbar aussetzen lassen. Das schadet uns sehr und hier müssen wir tätig werden. Hier müssen wir die Debatte wieder menschlich machen. Mit dem nun beschlossenen Rückführungsverbesserungsgesetz wollen wir aufzeigen, dass schnellere und effektivere Rückführungen und Abschiebungen von Ausländer:innen ohne Bleiberecht in Deutschland durchaus ermöglicht werden,

ohne die Würde der Menschen zu verletzen. Dafür sieht der Gesetzentwurf ein Bündel an Maßnahmen vor. Bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht wird die freiwillige Ausreise in den Herkunftsstaat stets bevorzugt. So wird die freiwillige Rückkehr intensiv gefördert und unterstützt. Die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise erfolgt als letztes Mittel. Parallel dazu zeigen wir mit dem Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, dass wir als SPD es nicht ansatzweise nötig haben, uns für Wähler:innenstimmen der Rhetorik der Rechten zu bedienen. Stattdessen senden wir ein klares Signal an die vielen gut integrierten Menschen in unserem Land und zeigen ihnen, dass sie zu uns gehören und Teil unserer Gesellschaft sind. Zugehörigkeit und Integration bedeutet nämlich auch, mitmachen zu können: An Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, für öffentliche Ämter zu kandidieren oder in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen mitgestalten zu dürfen - ohne Staatsbürgerschaft ist dies nicht möglich. Bisher sind viele der Menschen, die schon lange hier leben, gut integriert sind, sowie die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung teilen, von dieser gleichberechtigten Teilhabe ausgeschlossen, weil sie keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Von den rund 12,3 Millionen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland, leben rund 5,3 Millionen bereits seit mindestens zehn Jahren hier. Doch der Anteil der Einbürgerungen befindet sich daue-

haft auf niedrigem Niveau. Was lange überfällig ist, gehen wir federführend an.

Als Sprecher für die Belange von Menschen mit Behinderung ist es mir ein besonderes Anliegen, diese Menschen, die oft nicht die nötige Aufmerksamkeit erfahren, zu vertreten und auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Daher habe ich die 16. Werkstattträtekonferenz genutzt, um eine Modernisierung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu fordern. Die Befunde der Entgeltstudie zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht und die Menschen unzufrieden mit dem aktuellen System sind. Auch die Übergangsbedingungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sind einfach nicht ausreichend. Die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Konferenz waren für mich eine wichtige Grundlage für die Gestaltung einer Vision zur Zukunft der Werkstätten. Eine Reform der Werkstätten ist längst überfällig. Daran anschließend fordere ich eine Reform des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, denn damit schützen wir Menschen vor Diskriminierung aufgrund von rassistischen Gründen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der ethnischen Herkunft und einer Behinderung! Eine umfangreiche Evaluation zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wie sie im Koalitionsvertrag steht, ist ebenfalls bitter notwendig, da die Umsetzung oft am Willen der einzelnen Bundes-

länder scheitert. Dafür mache ich mich stark!

Wir müssen mehr tun, wir müssen es umfassender tun, wir müssen es besser kommunizieren, denn Münte hatte definitiv Recht.

Euch alles Gute.



Kleine Schritte und Kompromisse

von Oswald Prucker

Ich genieße manchmal ein Bierchen aus diesem schicken Bierkrug, der das Antlitz von Willy Brandt zeigt. Die Augen hat er da fast genauso zusammengekniffen, wie es Olaf gern und oft tut. Außer von Willy gibt es diese Krüge auch mit Helmut Schmidt und einem Bayern von einer anderen Partei und da fällt mir gerade der Namen nicht ein.



Auf der Rückseite des Kruges wird Willy Brandt mit dem Satz zitiert: „Lieber kleine Schritte, als große Sprünge.“ Das klingt ja beinahe nach einer eher konservativen Vorgehensweise. Wir dürfen aber unbesorgt annehmen, dass Willy kleine Schritte nach vorne meinte. Konservative Kreise sagen vielleicht „kleine Schritte“, es sind dann aber doch eher Maßnahmen zur Zementierung des Status quo.

Wenn das dann zu lange geht mit der Zementierung, dann reichen kleine Schritte vielleicht auch nicht mehr aus. Wie dem auch sei, ich denke das, was Willy kleine Schritte nennt, das ist nicht so verschieden von dem, was Olaf kürzlich mit dem Wert von Kompromissen meinte. Er zitierte Helmut Schmidt: „Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.“



Wo ist das Bollwerk?

von Tanja Kühnel

Ich bin wütend!

Ich bin enttäuscht!

Unsere SPD behauptet von sich, dass Bollwerk gegen Rechts bzw. gegen Faschismus zu sein. Ich bekomme von dieser Bollerei nichts mit. Und nein, ich meine nicht die Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger und mit ihnen die SPD-Basis, die gerade zu vielen Hunderttausend, ja sogar millionenfach auf die Straße gehen.

Ich spreche von unseren Abgeordneten, unserem Parteivorstand und unserem Kanzler. Jetzt, im Nachgang zum Treffen in Potsdam, auf dem unter anderem menschenverachtende Deportationspläne von AfD, CDU- und Werteunionsmitgliedern und hochrangigen Geschäftsleuten, sowie bekannte Faschisten geschmiedet worden sind, jetzt kommen auf allen Kanälen nette Videobotschaften, die sich an die Bürgerinnen und Bürger richten.

Botschaften mit wohlformulierten Zurufen wie: „wir stehen zusammen ...“, „ihr müsst euch einmischen...“, „die Gesellschaft muss widersprechen ...“, „ihr müsst gegenhalten ...“, „springt für eure Nachbarn und Kollegen ein ...“, „geht auf die Straße ...“, „es braucht die Zivilgesellschaft ...“ und so weiter – und so fort.

Super – danke – machen wir bereits alles – seit Jahren und ganz besonders in diesen Tagen!

Und was ist mit euch?

Ihr, die ihr an den Hebeln sitzt? Wann werdet ihr zum Bollwerk? Wann geht ihr endlich in die Aktion und haucht dem Begriff „wehrhafte Demokratie“, die inzwischen nur noch ein zahnloser Papiertiger zu sein scheint, Leben ein? Wann endlich nutzt ihr die Werkzeuge, die unser Grundgesetz euch/uns zu Verfügung stellt?

Ich sehe lediglich eine Regierung, sehe Politiker*innen aller Farben, die wie ein Kaninchen in hypnotischer Schockstarre vor der

AfD-Schlange hocken und sich nicht von der Stelle bewegen.

Was braucht es denn noch, dass ihr eure Angst abschütteln könnt, um ein Prüfverfahren für ein Parteiverbot für die AfD (und andere Verfassungsfeinde wie Der 3. Weg, Freies Sachsen, NPD, die Basis, die Heimat ...) auf den Weg zu bringen? Wo bleibt euer politischer Handlungswille?

Ich höre und lese immer von der Angst, was wäre, wenn man mit einem solchen Prüfverfahren scheitern würde und die AfD damit noch mehr Zulauf bekäme? Und man müsse doch besser hingehen und die Rechten inhaltlich stellen.

Ach wirklich?

Haben wir das die letzten 10 Jahre nicht gemacht?

Wir haben die AfD nicht so wichtig genommen und sie ignoriert – hat nichts gebracht.

Wir haben aufgeklärt – hat nichts gebracht.

Wir haben gute Arbeit in den Parlamenten gemacht – hat nichts gebracht.

Wir haben die AfD und ihre Machenschaften vorgeführt – hat nichts gebracht.

Wir haben in 10 Jahren keinen einzigen AfD-ler zurückgewonnen, sondern schauen zu, wie die AfD und andere rechte Organisationen sich weiter radikalisieren, formieren und europaweit organisieren. Und das Schlimmste an alle dem – wir finanzieren das alles noch.

Selbst, wenn wir ein Parteiverbot der AfD als Ganzes nicht durchbekommen, so können wir dann immerhin anfangen, einzelne Organisationen und Personen, die z.B. bereits als gesichert rechtsextrem gelten, zu stoppen. Wir können die AfD dann in eine Position zwingen, in der sie sich erklären muss – in der sie sich von Personen und Organisationen distanzieren muss – in der sie nachweisen muss ... Und das Wichtigste: Wir können ihr finanzielle Mittel entziehen.

All das sollte uns der Schutz der Menschen, der Schutz unserer Werte und der Schutz unserer Demokratie wert sein, den Antrag zur Prüfung für eines Parteiverbot zu stellen.

Aber so, wie es aussieht, haben unsere Abgeordneten (aller Parteien) mehr Angst davor, die wehrhafte Demokratie durchzusetzen, wie vor den Konsequenzen, wenn sie es nicht tun.

Ich will von euch, die ihr an den Hebeln sitzt, nicht mehr ein „nie wieder ist jetzt“ hören. Wenn ihr nichts tut, ist das nichts weiter als ein leeres Lippenbekenntnis. Ich will keine Bildchen mit netten Motivationsprüchen mehr lesen und keine Videos mehr sehen, in denen uns Lars, Kevin, Olaf und alle anderen sagen, was wir – die Zivilgesellschaft – jetzt zu tun haben. Wir machen das bereits!

Jetzt seid ihr dran!

Tut endlich was!



Endlich modernes Einbürgerungsrecht

von Oswald Prucker

Deutschland bekommt ein modernes Einbürgerungsrecht und angesichts der Realitäten in unserem Land und auch angesichts des immer dramatischeren Fachkräftemangels ist das auch zwingend geboten.

Auf ihrer Webseite schreibt die Bundestagsfraktion dazu: „Mit einer schnelleren Einbürgerung sendet die Ampel das Signal an Millionen Menschen, die hier leben und arbeiten, aber keinen deutschen Pass besitzen: Ihr gehört zu uns.“

Schluss mit Hetze!

IHR GEHÖRT DAZU!

Deshalb schaffen wir ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht.

SPD Fraktion im Bundestag

Eine kurze Zusammenfassung der Inhalte dieses Gesetzes gab es zum Beispiel auch in einem Facebook-Beitrag unserer Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter. Sie schreibt:

Während rechte Netzwerke widerwärtige Deportations-Pläne entwickeln, handeln wir und schaffen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht!

- Gut integrierte Menschen können künftig schon statt nach acht nach fünf Jahren den deutschen Pass erhalten, in besonderen Fällen sogar schon nach drei Jahren.
- Damit wird Deutschland zu einem modernen Einwanderungsland, das für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver ist.
- Niemand soll sich gegen eine Einbürgerung entscheiden, nur weil er oder sie die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes aufgeben muss. Deshalb lassen wir die Mehrstaatigkeit grundsätzlich zu.
- Und auch Deutsche verlieren nicht länger ihre Staatsbürgerschaft, wenn sie eine andere Staatsangehörigkeit annehmen möchten.
- Wir schaffen ein faires Angebot für Menschen, die hier leben, gut integriert sind und sich mit der Annahme unserer Staatsbürgerschaft und den dazugehörigen Rechten und Pflichten nun noch stärker für unseren Staat, unsere Gesellschaft und Demokratie entscheiden und einsetzen wollen.



SPD BW: Jahresauftakt in Bad Boll

von Oswald Prucker

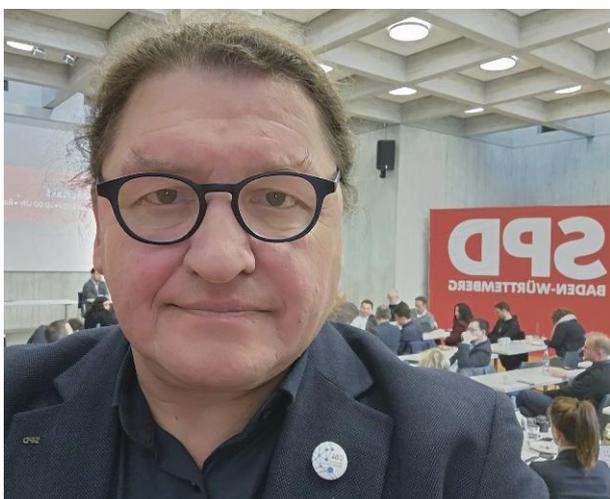
Traditionell lädt die Landes-SPD alle Kreisvorsitzenden und Abgeordneten gleich Anfang Januar zu einem Jahresauftakt in die Evangelische Akademie nach Bad Boll ein. Eine sehr lange Fahrt, die sich aber gelohnt hat, denn es gab eine sehr ausführliche Aussprache zur Situation unserer Partei. Natürlich stand die Veranstaltung aber auch unter dem noch frischen Eindruck der drei Tage davor von correctiv.org enthüllten rechtsradikalen Pläne zur massenhaften Vertreibung von Menschen. Aber der Reihe nach. Denn zunächst gab es zwei Impulsvorträge von Andreas Stoch und Saskia Esken.

Andreas gab dabei bekannt, dass er eine Initiative zu einem überparteilichen Bündnis

für Demokratie und Menschenrechte gestartet hat. Die Details dazu sind mittlerweile bekannt und ich möchte an dieser Stelle auf den nachfolgenden Artikel verweisen. Zur Situation der Partei und den miserablen Umfragewerten mahnte er mehr Zusammenhalt in der Koalition und eine deutlich bessere Kommunikation an.



Foto: Ansgar Wörner



Saskia warb wie schon früher für eine wehrhafte Demokratie und ein Verbotverfahren gegen die AfD und führte dabei nicht nur die correctiv-Enthüllungen an, sondern auch ein Zitat von Göbbels, der

sich über die Demokratie lustig gemacht hat: „Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Dadurch waren sie vor dem polizeilichen Zugriff gesichert, durften sich mehr zu sagen erlauben, als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen. Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen.“ Unter dem Eindruck der Haushaltskrise forderte sie ebenso eine weit stärkere Besteuerung der Superreichen, die ihren Reichtum als wahre Krisengewinnler in den letzten Jahren vervielfacht haben.



Foto: Ansgar Wörner

Die nachfolgende Debatte drehte sich dann stark um die gegenwärtige Situation unse-

rer Partei in der Ampel. Auch vor dem Eindruck der Bauernproteste und der vorangegangenen recht überhasteten Beschlüssen zum Agrardiesel und der KfZ-Steuerbefreiung für Traktoren und Co. wurde vor allem das Kommunikationsproblem in der Regierung immer wieder thematisiert. Die Beiträge gipfelten mehrfach in der Frage: Was will die Fraktion und die Parteispitze da konkret tun. Katja Mast berichtete in diesem Zusammenhang von der Fraktionsklausur wenige Tage davor und versprach eine bessere Sichtbarkeit des Kanzlers. Wie auf Bestellung veröffentlichte die Bundesregierung noch während der Debatte ein Video von Olaf, in dem er auf die aktuellen Bauernproteste einging. Ich habe schon den Eindruck, dass das keine Eintagsfliege war und freue mich sehr, dass es seither bereits mehrere sehr klar formulierte Statements speziell zu den Protesten gegen Rechts aber auch zur Haushaltseinigung gab.

Zum Ende gab es dann noch ein Gruppenfoto beim dem wir alle den Rechten die rote Karte zeigten.



Foto: Ansgar Wörner

Bündnis für Demokratie und Menschenrechte

Zu seiner Initiative nach den correctiv-Enthüllungen schreibt **Andreas Stoch** auf Instagram:

„Ein überparteiliches Bündnis für Demokratie und Menschenrechte in Baden-Württemberg – dazu habe ich über 130 landesweite Verbände, Vereine und Organisationen und die Parteien des demokratischen Spektrums angeregt.“



Jetzt ist die Zeit für alle Demokratinnen und Demokraten, Stellung zu beziehen und aktiv gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus einzutreten. Trotz unterschiedlicher politischer Ansichten einen uns unsere Grundwerte. Wir dürfen keine

schweigende Mehrheit sein. Wir müssen zeigen, dass wir gemeinsam bereit sind, für diese Demokratie und die Rechte jedes und jeder Einzelnen einzutreten.

Es ist ein wichtiges Signal, dass alle demokratischen Parteien im Landtag, der DGB mit seinen acht Mitgliedsgewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kommunalverbände, Kirchen, Diözesen und Religionsgemeinschaften, Sozialverbände sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Verbände und Vereine bereits ihre Mitwirkung zugesagt haben.

Dass wir in kurzer Zeit ein solch breites zivilgesellschaftliches Bündnis auf die Beine stellen konnten, zeigt, dass es um nicht weniger als unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat und die Menschenwürde geht. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit muss gemeinsam geführt werden.“

Das Auftakttreffen des Bündnisses findet am Donnerstag, 25.01.2024 statt. Mit dabei wird unsere Co-Vorsitzende Birte Könnecke sein, die dann aber das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vertritt.



Medien-Ecke: Narrative und Framing

von Tanja Kühnel

In der heutigen vernetzten Welt sind aus unserem Leben digitale Medien nicht mehr wegzudenken. Facebook, Insta-

gram, X und TikTok sind zu unserem Fenster zur Welt geworden. Doch wie beeinflusst Social Media unsere Wahrnehmung der Realität? Und schon tauchen wir mit dieser Frage in die Medienpsychologie ein.

Um Meinungen und Perspektiven zu beeinflussen, bedient sich die Medienlandschaft, und hier ganz besonders auf Social Media, verschiedener Werkzeuge – Narrative und Framing sind zwei der wichtigsten und meist genutzten davon.

Ein **Narrativ** ist eine sinnstiftende Erzählung – eine Geschichte. Komplexe Informationen und Ereignisse werden in Einfachheit, Verständlichkeit und Emotionalität geformt. So werden mit den Fakten auch Gefühle und Werte transportiert. Und Fakten gepaart mit Emotionen beeinflussen unsere Wahrnehmung und wie wir darauf reagieren.

Ein einfaches Beispiel: Wetterbericht – Die Information: 10cm Neuschnee. Im Hintergrund ein Bild oder ein Film mit a) Schneesäumerfahrzeugen und Autos im Stau auf einer verschneiten Autobahn oder b) eine Schneepiste mit schlittensahrenden Kindern. Dieselben Fakten (10cm Neuschnee), die wir unterschiedlich wahrnehmen und unterschiedlich in unsere Realität „einbauen“.

Als **Framing** bezeichnen wir die Art und Weise, wie Informationen präsentiert werden, um bestimmte Interpretationen hervorzurufen. Framing soll unsere

Wahrnehmung auf einen bestimmten Punkt in der Geschichte lenken und von einem anderen Punkt eher ablenken oder ihn unbedeutender erscheinen lassen.



Nehmen wir wieder unser Beispiel, so wird die Information über 10cm Neuschnee mit dem „Stau-Bild“ eher negative Gefühle in uns verursachen, während das „Kinder-Schlittenfahren-Bild“ eher positive Gefühle in uns verursacht – bei identischen uns vermittelten Fakten.

Die Frage ist, wie wir uns vor der Beeinflussung durch Framing und Narrative schützen können. Das Zauberwort ist **Medienkompetenz**. Wir sollten lernen, Informationen kritisch zu hinterfragen, Quellen zu überprüfen und Desinformationen zu erkennen. Hierzu ist es wichtig, unsere eigene Filterblase zu durchbrechen und verschiedene Medien und Meinungen zu konsultieren.

Ebenso wichtig ist ein ausgewogenes Verhältnis von Social Media und anderen Medien. Und selbstverständlich gilt ...

nichts von all dem ersetzt ein gutes Gespräch von Angesicht zu Angesicht.

PS – Ich hätte für diesen Artikel auch ein Bild verwenden können, mit Wut-Smilies, mit grimmigen Figuren und Pfeilen, die wie Blitze ausschauen und auf Wörter wie FAKENEWS zeigen. Was glaubt ihr, warum ich mich nicht für ein solches Bild entschieden habe? :-)



Ihr habt Rückfragen? Gerne dürft ihr euch bei mir melden. Und auch sonst könnt ihr mit euren Anliegen, Anfragen, Wunschthemen usw. gerne auf mich zukommen.



Termine, Termine

Alle aktuellen Termine findest du auch auf unserer Webseite – naja, meistens zumindest :-)



[Termine im Landkreis](#)

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

- 20. Februar und 25. März
- 19:00 Uhr
- Zoom: (Meeting-ID: 883 6204 5387)
us02web.zoom.us/j/88362045387

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

- 5. Februar und 12. März
- 19:00 Uhr
- Wirtshaus Perron (Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald

- 24. Januar und 28. Februar
- 19:00 Uhr
- Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt



Breisgau

- 21. Februar
- 20:00 Uhr
- Gasthaus "Adler", Offnadingen,
Dorfstraße 1
- 12. März
- 20:00 Uhr
- Pizzeria "Bella Vita", Ehrenkirchen,
Unterdorfstraße 44

Fasnet-Kaffee der AG 60+

- 9. Februar
- 14:30 Uhr
- Regionalzentrum Freiburg, Merz-
hauser Straße 4

**Im Alter aufs Bänkle sitzen?
Gerne - aber nicht nur.**

>> Einladung: Freitag, 09. Februar um 14.30 Uhr
an alle 60+ und 60- SPD Regionalzentrum in Freiburg, Merzhauser Str. 4
zum **Fasnet-Kaffee** und guten Gesprächen

Damit ich weiß, wie viel Kuchen ich backen muss ... 😊
Anmeldung bitte unter tanja.kuehnel@spd-hochschwarzwald.de



Andreas Voßkuhle: Herausforderungen der Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung

 7. März

 19:00 Uhr

 Kleiner Saal im Forum Merzhausen



Bild: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Andreas Voßkuhle ist Professor für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg.

Er war bis 2020 Präsident des Bundesverfassungsgerichts und ist aktuell Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie.

Eine Veranstaltung des Ortsvereins Hextental.

Im Kreis für unsere Demokratie

Verschiedene Ortsvereine planen gerade eigene Veranstaltungen gegen rechts und für unsere Demokratie.

Alle Details sind noch nicht gekannt, aber Termine und Zeiten und Orte sind stehen. Schreibt das schon mal in die Kalender:

Müllheim

 2. Februar

 18:00 Uhr

 Markgräfler Platz

Breisach

 5. Februar

 17:30 Uhr

 Start am Neutorplatz, von dort Umzug durch die Innenstadt zur Stadtkirche.

Titisee-Neustadt

 18. Februar

 15:00 Uhr

 Details folgen.



Kreisparteitag



9. März



15:00 Uhr



Tagungsraum der Firma Hauri in der Bergstraße 114, Bötzingen

Unser Thema wird der ÖPNV im Landkreis sein. Wir freuen uns auf Jan-Peter Röderer, den verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart. Gabi Rolland ist angefragt.

Die Tagesordnung wird mit der Einladung rechtzeitig verschickt und auf der Webseite veröffentlicht.

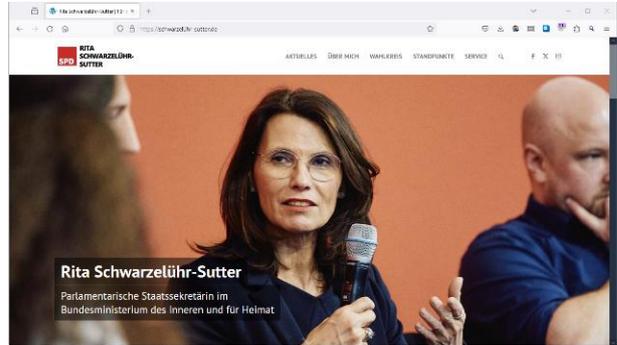


IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald: Birte Könnecke, Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum, Merzhauer Str. 4, 79100 Freiburg. Redaktion: Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke

Ein Blick ins Web

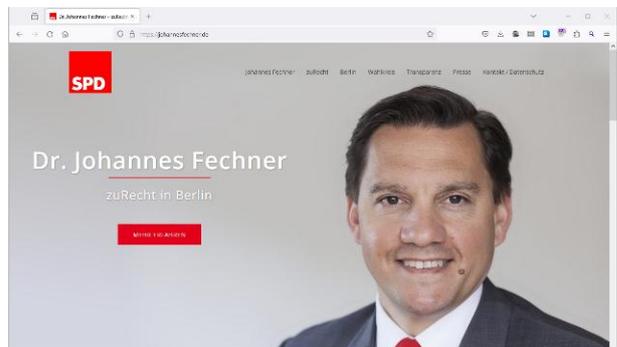
Da hier noch eine Spalte gefüllt werden will und unser MdB Takis gerade seine Webseite sehr toll überarbeitet hat, hier die Links zu den Seiten von Rita, Takis und Johannes.



www.schwarzelühr-sutter.de



www.takis-mehmetali.de



www.johannesfechner.de